

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 22. Jänner 1925

Oberstadtbaurat Ingenieur Dr. Franz Musil & Stadtbaudirektor. Der Stadtsenat hat heute das Ansuchen des Stadtbaudirektors Ingenieurs Max Fiediger um Versetzung in den dauernden Ruhestand genehmigt und ihm für die fast dreiunddreissigjährige ausgezeichnete Dienstleistung den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen. Gleichzeitig wurde auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrates Speiser einstimmig beschlossen, den Oberstadtbaurat Ingenieur Dr. Franz Musil zum Stadtbaudirektor zu ernennen.

Der neue Stadtbaudirektor ist in Wien im Jahre 1884 geboren und trat im Jahre 1910 in den Dienst der österreichischen Staatsbahnen. Schon damals beschäftigte er sich sehr eingehend mit dem Wiener Verkehrswesen und veröffentlichte auch eine Studie über den Bau von Untergrundbahnen. In den Jahren 1911 und 1913 wurde Ingenieur Musil von der Kommission für Verkehrsanlagen zum Studium grosstädtischer Verkehrsverhältnisse nach Deutschland, Frankreich, England und Amerika entsendet. Im Jahre 1917 wurde Ingenieur Musil in den Gemeindedienst übernommen und als Bauinspektor mit der Leitung der Abteilung für Schnellbahnen betraut. Als dann das Büro für Schnellbahnen aufgelöst werden musste, da infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage mit dem Bau einer Untergrundbahn nicht gerechnet werden konnte, wurde Ingenieur Musil der Abteilung für Verkehrswesen zugeteilt und im Jahre 1922 zum Vorstand der Abteilung für Brücken- und Wasserbau ernannt. Auf diesem Posten hatte er reichlich Gelegenheit seine gediegenen Fachkenntnisse zu verwerten. Die kürzlich erfolgte Verschiebung der Brigittabrücke erfolgte unter seiner Leitung. Musil hat im internationalen Wettbewerb einen Regulierungsplan für Belgrad ausgearbeitet und wurde seinerzeit auch nach Jugoslawien berufen, um Projekte für Bahn- und Brückenbauten zu überprüfen. Im Jahre 1924 wurde Oberstadtbaurat Ingenieur Musil mit dem Oberstadtbaurat Ingenieur Hula von der Gemeinde Wien nach Amerika zu Studienzwecken gesendet.

Pensionierung des Obersenatsrates Ingenieurs Voit .In der heutigen Sitzung des Stadtsenats wurde das Ansuchen des Obersenatsrates Ingenieurs Wilhelm Voit um Versetzung in den dauernden Ruhestand bewilligt und ihm für die fast fünfunddreissigjährige vorzügliche Dienstleistung der Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen.

Uebersiedlung des Währinger Bezirksjugendamtes. Vom 26. Jänner an, befindet sich das Bezirksjugendamt Währing nicht mehr in der Erndtgasse 27, sondern im Amtshaus Hernals, Kalvarienberggasse 29. Es wird von diesem Tage an die Bezeichnung: Bezirksjugendamt Hernals führen. Die Mutterberatung für Währing verbleibt aber weiter in Währing, Erndtgasse 27.

Hundebesitzer werden vor einem Schwindler gewarnt. Der Magistrat teilt mit, dass in Döbling ein Mann die Wohnungen von Hundebesitzern aufsucht und dort, wo noch keine Hundemarke gelöst worden ist, eine Strafgebühr von zehntausend Kronen einhebt. Als Legitimation verwendet der Mann ein Schriftstück mit einem Stempel des Magistrats. Es wird aufmerksam gemacht, dass es sich um einen Schwindler handelt, der sofort der Polizei zu übergeben ist.

2
wurde. Früher wurden lediglich die Bezüge des Aufsichtspersonales und des Wasserrevisors zu Lasten des Wasserleitungsdienstes gelegt. Jetzt werden die Kosten des gesamten Verwaltungsdienstes des Wasserversorgungsbetriebes eigens verrechnet, dadurch die Ausgabenpost bedeutend erhöht, naturgemäß die Einnahmen heruntergedrückt und dadurch bewirkt, dass der Betrieb namenswerte Überschüsse nicht mehr ergeben kann. Dazu kommt noch, dass die für den Bau der beiden Hochquellenleitungen aufgewendeten Investitionssummen von 200 Millionen Goldkronen jetzt nur in Papierkronen verzinst und amortisiert werden. Der grösste Teil dieser Anleihe wurde vom Finanzreferenten bereits eingezogen, sie existieren also in der allgemeinen Abrechnung nicht mehr. Dadurch ist die Bilanz wesentlich erleichtert worden. Man kann sagen, dass die jetzige Gemeindeverwaltung auf diese Weise die Nutzniesserin des Kronenverfalls ist, sie bucht, den Schaden der Anleihebesitzer als ein grosses Stück Verwaltungskunst mit nicht voll valorisierten Wassergebühren. Alle Investitionen werden auf die Betriebsrechnung eines einzigen Jahres gelegt, im abgelaufenen Jahre waren das 46,6 Milliarden Kronen. Früher wurden solche Investitionen aus Anleihegeldern gedeckt, die unter dem Titel allgemeine Gemeindefschuld verzinst und amortisiert wurden. Die Gemeindeverwaltung arbeitet also mit einer verschleierte Bilanz und die bedeutenden Gewinne die aus der Wasserversorgung indirekt erzielt werden, werden durch ein kaufmännisches Kunststück einfach in eine andere Verwaltungsgruppe verschoben.

Man hätte von Referenten auch einige Mitteilungen über den Stand der Wasserversorgung erwartet, schon im Hinblick auf die letzte Veröffentlichung über die Wassernot und die angekündigten einschneidenden Massnahmen. Die Leistungsfähigkeit der zweiten Hochquellenwasserleitung ist augenscheinlich weit besser als die der ersten und es zeigt sich, welche wertvolle Erbe Sie von Ihrem Amtsvorgänger erhalten haben. Sie haben aus der Fertigstellung des Opponitzer Werkes grosses Aufheben gemacht. Sie sind also nicht immer so schweigsam. Hätten wir nur die erste Hochquellenleitung, dann stünde Wien vor einer Katastrophe von schwerster Bedeutung. Wenn wir trotz dieses Besitztums jetzt in eine Wassernot gekommen sind, dann zeigt sich, welche grosses verdienstvolles Werk die frühere Verwaltung vollbracht hat, die die zweite Hochquellenleitung unter grossen Schwierigkeiten geschaffen und unter Anwendung grosser Kräfte früher fertiggestellt hat als es die Techniker erhofften. Da mißet es sonderbar an, wenn man es mit der Würde vereinbar findet, durch Schiebungen auf Verwaltungspolitischem Gebiet und durch Schiebungen mit Ziffern der früheren Verwaltung Steine nachzuwerfen. Ich dachte auch diese Tatsache hier vorbringen zu sollen, damit Licht und Schatten etwas gleichmässiger verteilt werden und die Bevölkerung sieht, wie es mit den Anklagen bestellt ist, die Sie vorgebracht haben. (Lebhafter Beifall).

G.R. Stüger (chr. soz.): Die Gemeindeverwaltung hat sich nicht geschaut, die Bespritzung des Gartens, der die Schule in der Waltergasse umgibt, einzustellen. Das war zu einer Zeit, in der von der Wassernot keine Rede gewesen ist. Es ist einfach unverständlich, wie die Gemeinde gegen ihr Eigentum wütet. Das Gebäude, das durch Jahrzehnte hindurch ein Schmuck für Wien und ein Stolz für die Wiedner war, ist heute ein Schandfleck. Der prächtige Garten ist Eigentum der Gemeinde Wien. Lueger hat einmal den prächtigen Ausspruch getan, wo in Wien Platz ist, soll ein Baum gepflanzt werden und er hat aus Wien eine Gartenstadt machen wollen. Heute wird wegen ein paar lumpiger Kronen ein halbes Hundert Bäume zu Grunde gerichtet. Sie werden wieder auf die Resolution Baaneberg verweisen. Ich habe mich erkundigt und festgestellt, dass im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters in der vergangenen Gemeinderatssitzung der Bund auch mit der Gemeinde

Wien über diese Frage verhandelt hat. Aber diese Verhandlungen haben immer wieder gezeigt, dass gar kein Grund vorhanden ist, der Gemeinde die Lasten der Erhaltung dieser Schule abzunehmen. Bürgermeister Seitz hat auch erklärt, dass die Gemeinde in dieser Sache den Bund wie einen bankrotten Hausbesitzer behandelt habe. Tatsache ist, dass die Gemeinde Wien dem Bund einige hundert Millionen Kronen schuldig ist. In den nächsten Tagen werden vom Bund neuerliche Verhandlungen in dieser Sache geführt werden. Hoffentlich werden diese Verhandlungen dazu führen, dass endlich diese prächtige Mittelschule wieder hergestellt wird (Beifall).

Str. Siegel: Gegenüber den Ausführungen des Gemeinderates Paulitschke muss festgestellt werden, dass die Gemeinde den Bund beim Wasserbezug genau so behandelt wird, wieder Bund die Gemeinde in Tariffragen behandelt. Die Gemeinde hat bis jetzt eine 50prozentige Ermässigung der Telefongebühren gehabt, die eingestellt worden ist. Der Wunsch nach einer alljährlichen Feststellung der Zahl der Mietparteien in jedem einzelnen Hause erfordert die Durchführung einer Volkszählung, was aus finanziellen Gründen unmöglich ist. Das Gesetz sieht aber vor, dass sowohl die Hausbesitzer als auch die Mieter alle Veränderungen in der Zahl der Personen bekannt geben können. Was den Reingewinn, den die frühere Verwaltung beim Verkauf des Wassers erzielt hat anlangt, so ist er in den Voranschlägen unbestritten festgelegt. Im Jahre 1913 hat sich ein Überschuss von 12,311.000 Goldkronen, oder 177 Milliarden Papierkronen ergeben.

Wenn man selbst die Personallasten, die damals rund eine Million Goldkronen waren, abzieht, so ergibt sich noch immer ein derart grosser Betrag, dass der Vorwurf von Schiebungen mit Zahlen vollständig unbegründet ist. Unsere Investitionen können sich ebenfalls mit den unter Ihrer Verwaltung durchgeführten vergleichen lassen. Sie haben im Jahre 1913 um 280.000 Goldkronen, also 3,9 Milliarden Papierkronen Rohrlegungen durchgeführt und auch im Jahre 1914 um 242.000 Goldkronen, oder 3,4 Milliarden Papierkronen Rohrlegungen vornehmen lassen. Sie haben also bedeutend mehr auf den Betrieb an Investitionen gelegt, als wir es tun. Es kann also von verschleierte Bilanzen keine Rede sein. Den Antrag wegen Ermässigung der Wassergebühr für die Schrebergärtner können wir nicht annehmen. Unter Weiskirchner haben die Schrebergärtner für einen Kubikmeter Wasser 10 Goldhaller oder 1.500 Papierkronen zahlen müssen. Heute zahlen sie nur 400 Papierkronen. Ein Schrebergarten umfasst gewöhnlich dreihundert Quadratmeter. Durchschnittlich werden zwei Liter Wasser für einen Quadratmeter gebraucht. Man rechnet im Jahre hundert Giesstage. Es komme also ein Wasserverbrauch von 60.000 Litern in Betracht, für den der Schrebergärtner 24.000 Kronen jährlich zu zahlen hat. Wenn der Mann nur zweihundert Quadratmeter seines Gartens mit Kartoffel bebaut, dann erntet er mindestens vierhundert Kilogramm, die einen Wert von 240.000 Kronen haben, gegenüber denen die 24.000 Kronen jährliche Wassergebühr wohl kaum ins Gewicht fallen. Wir haben niemals kritisiert, dass die zweite Hochquellenleitung gebaut wurde. Sie war eine Notwendigkeit und musste von Lueger geschaffen werden. Wir sind mit Ihnen einer Meinung, dass wir heute schon daran gehen müssen die Vorarbeiten für den Bau einer dritten Hochquellenleitung vorzunehmen. Wir haben gegenüber dem Jahre 1910 mehr als einen doppelten Wasserverbrauch. Was die gegenwärtige Wassernot anlangt, teile ich mit, dass wir ständig von den Vorräten zehren. Der Vorrat ist freilich noch nicht so weit gesunken, dass wir die Schöpfwerke in Pottschach und Metzendorf in Betrieb setzen mussten. Wenn aber die Verhältnisse sich nicht ändern, werden wir wahrscheinlich am Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche diese Schöpfwerke betätigen müssen. Treten auch dann